

FA IX Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz vom 19.01.2021

Protokoll

Anwesende: André Lossin, Elisabeth (?), Carolina Böhm, Alexander Nöhling, Michael Biel, Susanne Böltes, Urte Wiemken

Gäste: Ülker Radziwill, MdA (Sprecherin Soziales, Pflege, bürgerschaftliches Engagement), Birgit Münchow (AWO Landesverband Berlin), Thomas Hess (ehem. Projektleiter in Vorbereitung)

Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Aktuelle Situation wohnungs- und obdachloser Menschen in Berlin, insbesondere von Frauen und Familien
3. Planungen und Ansätze zur gesamtstädtischen Versorgung
4. Verschiedenes

André Lossin begrüßt und leitet in das Thema ein. Er verweist darauf, dass es bei der Versorgung wohnungs- und obdachloser Menschen für uns ein zentrales Anliegen sein sollte Menschen, die in Wohnungslosigkeit geraten, sowohl präventiv abzusichern als auch die Berliner Verwaltung entsprechend vorzubereiten in Form einer Gesamtstrategie bzw. -steuerung. Zudem stellt sich **Michael Biel** kurz vor: Er ist Mitglied des Landesvorstandes und wird künftig unseren Fachausschuss betreuen. Er arbeitet im Bundestag und ist dort bzw. sein Abgeordneter u.a. zuständig für den Einzelplan Soziales im Haushaltsausschuss.

Birgit Münchow stellt zu Anfang ihres Inputs die Unterscheidung zwischen wohnungs- (alle) und obdachlosen (auf der Straße lebend) Menschen dar. Ebenso verweist sie auf die häufigsten Gründe, die Menschen in diese Lage bringen: Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Scheidung/Trennung, Gewalt (v.a. gegen Frauen) und (psychische) Erkrankung. In der Corona-Krise haben all diese Belastungen zugenommen und somit auch die Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Zudem werden aktuell immer mehr Menschen aus ihrem bezahlbaren Wohnraum vertrieben und finden keine neue Wohnung. Zunehmend betrifft dies auch Gruppen, die erwerbstätig sind, aber die hohen Mieten nicht mehr bezahlen können. Auch bei Familien mit Kindern nimmt Wohnungs- und sogar Obdachlosigkeit zu. 2019 lebten ca. 4.800 Familien ohne Obdach in Berlin mit 10.200 Kindern. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Zahlen in den vergangenen Monaten angestiegen sind. Dabei ist Obdachlosigkeit längst kein ausschließlich vorübergehendes Phänomen mehr, 2019 lebten ca. 15% der Familien länger als drei Jahre in den Einrichtungen.

Das Hilfesystem ist in Berlin zwar recht breit aufgestellt in Form von Unterbringung und Betreuung. Seit Beginn der Pandemie kommt allerdings erschwerend hinzu, dass die Menschen tagsüber die Schlafstellen verlassen müssen und Tagesstätten geschlossen waren bzw. ihre Plätze Corona-bedingt verringern mussten bzw. dies aktuell der Fall ist. Zunehmend etablieren sich 24/7 Einrichtungen, aber dies sind immer noch viel zu wenig. Darüber hinaus ist das Angebot einer Notbetreuung auf 4 Wochen begrenzt und so hat sich zunehmend ein „Hopping“ zwischen den Schlafstellen entwickelt. Menschen, die in den Einrichtungen arbeiten sind zunehmend an ihrer Belastungsgrenze. In der Corona-Zeit wurde schnell umgestellt auf Treffen im Freien oder Abstandskonzepte entwickelt.

Ülker Radziwill beschreibt, dass das Land Berlin eine gesamtstädtische Steuerung für die Unterbringung entwickeln will. Dazu gehört ein zentrales Unterkunftsmanagement inkl. Qualitäts- und Vertragsmanagement, durch welches die Bezirke entlastet, die Unterbringung passgerecht gestaltet und das Verfahren insgesamt deutlich zu vereinfacht werden sollen. Organisiert werden soll das u.a. als ein online-Programm, über das eine Unterbringung gebucht werden kann. Ebenso ist

vorgesehen die sozialarbeiterische Begleitung zu verstärken. Aktuell wird dieses Verfahren pilotiert in CW und Mitte, im 2. Quartal 2021 soll dies evaluiert und ab Ende des Jahres in die Breite getragen werden. Wo die zentrale Organisation liegt, das ist noch nicht entschieden und es fehlt noch an klaren Entscheidungskriterien. Im Gespräch sind sowohl das LAF als auch das LAGESO.

Thomas Hess bemerkt, dass es leider so scheint, als habe sich in Berlin seit Jahrzehnten nichts Wesentliches an der Situation und Organisation wohnungs- und obdachloser Menschen verändert. Zudem lässt sich beobachten, dass manche Familien immer wieder in die Obdachlosigkeit zurückkehren, dieses also „vererbt“ wird.

Mit Blick auf die Organisation einer gesamtstädtischen Steuerung schlägt er vor, dass von vorn herein klar entwickelt werden sollte,

...welche Ziele diese verfolgen soll: Wohnungslosigkeit verhindern und beseitigen (analog zu den Zielen der EU bis 2030); ressortübergreifendes Handeln stärken zwischen den Bereichen Soziales, Stadtentwicklung und – im Falle von Familien – Jugend.

...welche Aufgaben dafür angegangen werden müssen: Hier muss unterschieden werden zwischen steuernden, strategischen und operativen Aufgaben. Dazu gehören auch Anforderungen an das Berichtswesen und die Verteilung der Aufgaben zwischen den Berliner Behörden. Insbesondere strategische Aufgaben („Obdachlosigkeit beenden“), wie sie in der Verantwortung der Senatsverwaltungen liegen, kommen manchmal zu kurz.

...wie die Aufgabenverteilung aussehen soll, v.a. zwischen dem Senat und den Bezirken: Welche Aufgabe ist auf welcher Ebene sinnvoll angesiedelt?

Im Nachgang zu den drei Inputs wird angeregt diskutiert:

Die Idee einer gesamtstädtischen Unterbringung ist gut, allerdings fehlen nach wie vor die Einrichtungen bzw. die Plätze für die Unterbringung. Wenn dieses gesamtstädtisch organisiert wird, dann muss die Trägerschaft von Einrichtungen u.U. EU-weit ausgeschrieben werden. Was passiert dann mit den bisherigen Trägern? Bisläng wird die LIGA in die Überlegungen nicht mit einbezogen, das sollte sich dringend ändern.

Eine Chance der Neuregelung wäre, dass endlich die Menschen in den Einrichtungen nach ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz) besser unterstützt und sozialarbeiterisch begleitet würden. Allerdings muss dringend darauf geachtet werden, dass die Personalstandards nicht zu knapp bemessen werden. Denn es muss auch weiterhin Ressourcen und Einrichtungen für spezifische Bedürfnisse und Bedarfe geben wie bspw. für Frauen, Familien, LSBTIQ, psychisch Erkrankte etc. Dieses sollte in der Evaluation der Pilotprojekte Beachtung finden.

Das angestrebte Ziel, die Menschen schnell in eigenen Wohnraum zu vermitteln, erscheint unrealistisch, wenn es nicht mit einer sozialen Wohnraumpolitik zusammengedacht wird. Im KoaVertrag wurde eigentlich vereinbart, ein Generalmieter-Modell umzusetzen, um auch Träger in die Lage zu versetzen, Unterbringung anzubieten. Dieses ist leider in dieser Legislaturperiode nicht geschafft worden. „Housing first“ ist ebenso ein gutes Modell, allerdings ein ergänzender Ansatz.

Ebenso brauchen wir deutlich mehr Prävention! Sogar in der Coronazeit gibt es Zwangsräumungen, das waren weit über 200 durchgeführte im vergangenen Jahr. Für den Prozess des Wahlprogrammes der Berliner SPD schlagen wir eine bessere Verzahnung von Generalmietermodell, Housing first und betreutem Wohnen vor. Ebenso brauchen wir dringend eine „Task Force“ zum Wohnungserhalt! Bevor es eine Räumung gibt, sollte dieses verpflichtend an eine zentrale Stelle gemeldet werden

müssen, um dann entsprechend reagieren zu können. Dies gilt insbesondere auch dann, wenn Kinder mit im Haushalt sind, dann ist auch die Kinder- und Jugendhilfe mit einzubeziehen. Hier gibt es bereits gute Projekte in den Bezirken (bspw. Steglitz-Zehlendorf), die ausgebaut werden können.

Abschließend wird aufmerksam gemacht auf den besonderen bedarf von wohnungs- und obdachlosen Menschen mit Behinderungen. Hier gilt es dringend die baulichen Voraussetzungen für barrierefreie Einrichtungen zu schaffen.